

Kreisblatt des  
Stadtkreis Bocholt  
Allerlei Anzeigen  
des Landratsamtes,  
von Bürgermeister,  
Ämtern und Ämtern  
des Kreises Borken.

Organ  
der Zentrumspartei

# Volksblatt

Geschäftsstellen:  
Bocholt, Marktstr.  
Kasse 14. Fernspr.  
Kasseler. 3054.  
Hede: J. Heinrichs.  
Bocholt: W. Wolling.  
Berth: Th. Farris.  
Verlagsort:  
Dortmund 1.

Nummer 58

Mittwoch, den 27. Februar 1929

Jahrgang 1929

## Die Deutsche Volkspartei gegen ein fraktionell gebundenes Reichskabinett.

Nicht gegen die Erweiterung der Regierung durch Angehörige des Zentrums. - Große Koalition nur gleichzeitig mit Preußen.

### Die Entscheidung des volks- parteilichen Zentralvorstandes

Von unserer Berliner Redaktion.

© Berlin, 26. Februar (Drahtf.).

Die Aussprache im Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der heute im Hotel Esplanade tagte, endete mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse:

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei billigt die Haltung der preussischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion in der Koalitionsfrage. Der Zentralvorstand ist der Ansicht, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann erfolgreich wirken kann, wenn aus staatspolitischen Gründen der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird. Der Zentralvorstand wird infolgedessen nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage von November 1928 erneut Stellung zu der politischen Lage nehmen, um die gleichartige Bildung der Koalition im Reich und in Preußen zu erreichen.

Der Zentralvorstand weiß sich angesichts der Ueberlieferung des deutschen Volkes mit Steuern und anderen Lasten, die das Maß des Erträgliches bereits überschritten haben, einig mit der Reichstagsfraktion, daß die Belastung aller Erwerbstätigen nicht weiter gesteigert werden darf, dann aber rasch und vollständig abgebaut werden muß. Ebenso notwendig ist die Abgrenzung einer umfassenden Reichs- und Verwaltungsreform und die Weiterverfolgung der verfassungsrechtlichen Aufgabe der Reichstagsfraktion.

Als diese Entschlüsse im Reichstag bekannt wurden, war es mit dem Interesse an der noch andauernden Plenarsitzung aus. In den Wandelgängen wurde lediglich der Sinn der Entschlüsse zu ergründen versucht. Im Nu schwärmten Dutzende von Auslegungen durch das Haus; ein Beweis dafür, wie unklar und unrichtig die Entschlüsse selbst gehalten sind. Ueberwiegend ist allerdings der Eindruck, daß der Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei nicht nur eine persönliche, sondern auch eine politische Niederlage des Parteiführers Dr. Stresemann darstellt, der sich in seiner Rede vor dem Zentralvorstand entschlossen und mit anerkanntem Mut für die Notwendigkeit der Großen Koalition im Reich auch nach dem Scheitern der Verhandlungen in Preußen eingesetzt hat. Seine Auffassung hat er offenbar im Zentralvorstand nicht durchsetzen können, denn der Beschluß des Zentralvorstandes läßt trotz aller Verlautbarungen doch schließlich nur den einen Sinn zu, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei die Verhinderung der Bildung der Großen Koalition bis nach dem Ausgang der Reparationsverhandlungen will und bis zu diesem Zeitpunkt den früheren Zustand, d. h. eine koalitionslose Regierung mit dem Zentrum wieder herbeiführen möchte. Ob sich die Zentrumsfraktion des Reichstages mit einer derartigen Lösung einverstanden erklären wird, steht dahin. Denn sie hat ja zum Ausgangspunkt ihrer Haltung die Forderung gemacht, gerade aus den von Stresemann anerkannten außen- und innenpolitischen Gesichtspunkten noch vor dem Zusammentritt der Reparationskonferenz eine feste und koalitionsmäßig gebundene Reichsregierung zu schaffen.

Die volksparteiliche Entschlüsse gibt nicht einmal darüber klipp und klar Aufschluß, ob die Volkspartei nach den Pariser Verhandlungen bereit sein wird zur Bildung der Großen Koalition im Reich. Denn sie macht jetzt für diesen Zeitpunkt ihre Teilnahme an der Großen Koalition im Reich davon abhängig, daß einmal in Preußen die gleiche Regierung gebildet wird, und zum zweiten davon, daß das Zentrum sich den volksparteilichen Steuerwünschen willfährig zeigt. Das letztere steht zwar nicht wirklich in der Entschlüsse, wird aber von Kreisen der Volkspartei offensichtlich in den Wandelgängen des Reichstages verbreitet. Was diesen Punkt betrifft, so ist es Aufgabe der Regierung, und zwar sowohl des Reichstages als auch des Reichsfinanzministers, in den Etats- und Steuerfragen zunächst einmal Klarheit zwischen der Regierung und den in ihr vertretenen Parteien herbeizuführen. Denn bekanntlich bestehen die größten Meinungsverschiedenheiten über diesen Punkt einmal zwischen der Deutschen Volkspartei und dem Reichsfinanzminister und ebenso zwischen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie, also zwischen zwei Regierungsparteien. Der weitere Verlauf der Ereignisse wird zunächst davon abhängen, wie der Reichsfinanzminister Müller die volksparteiliche Entschlüsse auffaßt und welche Schritte er danach zu ergreifen gedenkt. Für die Zentrumsfraktion besteht einwillkommen kein Anlaß, zu

dem Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei Stellung zu nehmen.

Zu den Ausführungen unserer Berliner Redaktion, die die Ansicht parlamentarischer Zentrumskreise wiedergibt, halten wir ein Nachwort für notwendig. Dr. Stresemann ist mit seiner u. a. auch von der „Kölnischen Zeitung“ stark unterstützten Forderung nicht durchgedrungen, daß der frühere Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei aufgehoben werde, wonach die Beteiligung an einer Großen Koalition von der gleichzeitigen Bildung der Großen Koalition in Preußen abhängig sein sollte. Die Entschlüsse stellen vielmehr ein Kompromiß dar, das den Eintritt von Angehörigen des Zen-

trums in die Reichsregierung ohne gleichzeitigen Eintritt von Volkspartei in die preussische Regierung ermöglichen soll. Hiernach ist zu erwarten, daß die Deutsche Volkspartei keine Schwierigkeiten machen wird, wenn der Reichsfinanzminister etwa drei Persönlichkeiten aus der Zentrumsfraktion zur Uebernahme von Ministerposten auffordern und im Falle ihrer Bereitschaft dazu dem Reichspräsidenten zur Ernennung vorschlagen sollte. Die Deutsche Volkspartei verbaut also nicht den Weg zu einer Erweiterung der Regierung, und wir sehen es durchaus nicht ein, daß die Zentrumsfraktion richtig verfahren würde, wenn sie etwa ihren Mitgliedern die Annahme von Ministerposten verbieten würde, weil die fraktionelle

## Brandenburg bleibt Ehrenmitglied im Stahlhelm.

### Das Ergebnis der Aussprache mit den Bundesführern.

© Berlin, 26. Februar.

Ueber die Aussprache des Reichspräsidenten von Brandenburg mit den Stahlhelmführern Goldt und Dürker wird jetzt von unterrichteter Seite folgendes bekanntgegeben:

Im Zusammenhang mit den in der Presse erhobenen Vorwürfen gegen den Stahlhelm hat der Reichspräsident am vergangenen Sonntagabend die beiden Bundesführer des Stahlhelms zu einer Aussprache empfangen. In dieser Unterredung verwarfen sich die Führer des Stahlhelms gegen die vielfach in der Öffentlichkeit dem Stahlhelm gemachten Unterstellungen und die häufigen Verfassungen seiner Bundesführer. Zwar stellten sie die Opposition gegen das gegenwärtig in Deutschland bestehende parlamentarische System und seine Handhabung nicht in Abrede, sie hätten aber stets betont, daß der Stahlhelm seine Ziele nur auf legale Weise verfolgen. Uebrigens eines Urteils in Nr. 4 der Bundeszeitung „Der Stahlhelm“ zum 7. Geburtstag des Reichspräsidenten, wies die Bundesführung darauf hin, daß in diesem Aufsatze nur von der persönlichen Treueverhältnisse des alten Soldaten zum obersten Kriegsherrn die Rede sei und daß mit diesen Ausführungen der Dienst der letzten Beamten in keiner Weise in Frage gestellt werden sollte. Der Stahlhelm lege vielmehr seit seiner Gründung entscheidenden Wert darauf, daß die ihm angehörenden Beamten sich in vorbildlicher Pflichterfüllung im öffentlichen Dienste betätigen. Der Herr Reichspräsident nahm diese Erklärung mit Befriedigung entgegen und gab die Versicherung, daß er bei seiner Kenntnis der Ziele des Stahlhelms, dem er seit langen Jahren als Ehrenmitglied angehört, vom Stahlhelm keine andere Haltung erwartet hätte. Der Reichspräsident hat dem Reichsfinanzminister sowie dem Reichsminister des Innern den Verlauf der Aussprache mitgeteilt und hinzugefügt, daß er bei jeder Sachlage seinen Anlaß finde, dem Stahlhelm seine Ehrenmitgliedschaft beim Stahlhelm — um eine solche und nicht um einen Ehrenvorbehalt es sich — niederzulegen.

### Severing über Stahlhelm und Rotfrontkämpferbund.

© Berlin, 26. Febr. Bei der Beratung des Reichstages Ausschusses des Reichstages nahm in der Aussprache Reichsinnenminister Severing das Wort, der zunächst erklärte, daß das Ministerkabinetts, gleich beim Kabinettswechsel, der psychologische Moment zu seiner Einbringung in den Reichstag und Reichstagsfraktion nicht glücklich. „Ich denke“, so erklärte der Minister unter allgemeiner Heiterkeit, „wir lassen dieses Ministerkabinettsgeheimnis noch einige Wochen „auf Eis“ liegen.“ Was die Zugehörigkeit zu den sogenannten „Hag“-Verbänden anbelangt, so habe der Abgeordnete Morawitz gemeint, er der Minister, hätte gelegentlich einer Ansprache bei Kroll den Stahlhelm ins Auge gefaßt. Der Stahlhelm habe er nicht genannt; das wäre eine sehr einseitige Behandlung der Frage gewesen. Der Minister erklärte, er pflichte den Ausführungen bei, daß der Rotfrontkämpferbund ebenso einzuschließen sei, wie der Stahlhelm nach den Ausführungen seines brandenburgischen Führers Morawitz. Er hoffe, man werde von den beiden Führern des Stahlhelms in einigen Tagen erfahren, wie sich der Stahlhelm zum Staat, zu dessen Verfassungsmäßigen Einrichtungen und zur Verfassung selbst stelle. Danach werde sich die Haltung der Regierung richten. Für den Staat und für das Reich würde es nicht nur eine Selbstverleugung, sondern einen Selbstmord bedeuten, wenn man zulassen wollte, daß der der Verfassung geleistete Treue gegenüber dem Eid den Beamten früher als Soldaten auf den einzigen Monarchen geleistet hätten, in den Hintergrund geschoben würde. Der Kabinettsminister des Reichsinnens erklärte, daß diesem Soldatenbild der Vorrang gegeben werden sollte. Die Regierung sei aber gewillt, gegen solche Verweigerungen aufzutreten, aus denen das Vertrauen hervorgehe, dem Staat und der Verfassung von heute, sowie dem Parlamentarismus das Gend herumdrehen. Das habe Morawitz in Wagedburg Verleumdungen zufolge erklärt. Das gleiche gelte auch für den Rotfrontkämpferbund. „Das für mich“, so erklärte der Minister, „müßte der Kampf gegen die Verfassung sein, als Beamte nicht mehr in ihren Beamtenstellen bleiben können, sollte für alle Parteien selbstverständlich sein.“

## Ein Tornado in den Vereinigten Staaten.

### Hohe Verlustziffern.

+ New York, 25. Febr. Nach Meldungen aus Duncan im Staate Mississippi wurde heute nachmittag die Stadt von einem Orkan heimgesucht. Die ersten Berichte sprechen von 35 Toten und hundert Verletzten.

+ New York, 26. Febr. Infolge der Zerstörung der telephonischen und telegraphischen Verbindungen laufen die Nachrichten über die Orkantatstrophe in Mississippi und Nordosttexas nur in Bruchstücken ein. Da zahlreiche Orkanen vom Tornado betroffen wurden, ist die Verlustziffer wahrscheinlich weit höher als bisher gemeldet wurde. Die Zahl der Verletzten dürfte einige hundert betragen. In den benachbarten Orten sind umfassende Hilfsmassnahmen getroffen. Der Tornado hatte übrigens merkwürdige Launen. Ein fuhlenfelder Farmer sah, wie sein Haus vom Sturm weggetragen wurde, während seine Tochter unverletzt durch die offene Stalltür herausflog. Ein anderer wurde aus dem Bett unbeschädigt über den Hof hinweggetragen.

Der Sturm drückte große Oefants wie Papier ein und verursachte in der ganzen Umgebung einen Petroleumregen. In Duncan blieb kein Stein auf dem anderen.

### Von Ueberschwemmungen bedroht.

+ London, 26. Febr. Nach Meldungen aus New York sind bei dem Tornado über den Südstaaten 40 Menschen umgekommen. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest, ist aber sehr hoch. Am schwersten betroffen wurde der Staat Mississippi. Krankentransportzüge und Truppen sind unterwegs. Auch Texas, Louisiana und Tennessee haben schwer gelitten. Eine Meldung aus Memphis besagt, daß im Staat Mississippi bisher 23 Leichen geborgen wurden. Sieben Personen werden noch vermißt. Die Zahl der Verletzten beträgt hier allein über 100. Der Schaden in diesem Bezirk übersteigt eine Million Dollar. Das ganze Gebiet wird von ausgedehnten Ueberschwemmungen bedroht.

Bindung nicht zu erreichen ist. Wir möchten daher wünschen, daß die Zentrumsfraktion ihren bisherigen Standpunkt verläßt und den Männern aus ihren Reihen, die den Mut zur Verantwortung haben, den Weg freiläßt. Eine Regierung, in der die Fraktion durch drei Vertrauensleute vertreten ist, erscheint uns besser als eine solche, in der sie überhaupt nicht vertreten ist, zumal sie aus Gewissensgründen sich nicht zu einer unschuldigen Oppositionspolitik bekennen kann. Die Lehren der letzten drei Wochen dürften im übrigen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei genügend zur Warnung vor der Einbringung sinnloser Agitationsanträge dienen. Das parlamentarische System kennt keine Regierung von Fraktionen, sondern nur eine Regierung verantwortungsbewußter Persönlichkeiten. Im Interesse des deutschen Volkes liegt es, daß eine solche Regierung, in der auch das Zentrum vertreten ist, jetzt aussteht kommt.

### Der Standpunkt Stresemanns.

© Berlin, 26. Februar.

Im Marmoraal des Hotels Esplanade trat heute vormittag der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei zu einer stark besuchten Tagung zusammen, die von dem Vorsitzenden,

### Reichsminister Dr. Stresemann

eröffnet wurde. Nach kurzen Einleitungsworten führte er u. a. folgendes aus:

Die schnelle Einberufung des Zentralvorstandes mag ungewöhnlich erscheinen. Die Berufung innerhalb weniger Tage hängt mit meiner Abreise nach Genf zusammen. Aber auch sonst wäre eine Aussprache über die Verhältnisse im Reich und in Preußen notwendig gewesen.

Sinn und Zweck unserer heutigen Aussprache ist nicht nur ein Rückblick auf die Vorgänge im Reich und in Preußen. Wir wollen einfach registrieren, daß sich nach den Wahlen das Zentrum gegen eine härtere Vertretung im Reich ausgesprochen hat. Es kann nämlich gefordert werden, daß die Regierung aus der Regierung aussteigt. Wir registrieren weiter, daß von preussischer Seite anfangs jeder Zusammenhang der Bildung der preussischen Regierung mit den Vorgängen im Reich mit Entschiedenheit zurückgewiesen, später aber davon abhängig gemacht wurde. Können Sie uns weiter registrieren, daß der Führer der Zentrumsfraktion selbst für eine der Bedeutung der Volkspartei entsprechende Vertretung im Reich sich bereit erklärt hat. Ich habe weiter volles Verständnis dafür, daß die Zentrumsfraktion es nicht als unwürdevoll empfand, daß jedesmal, wenn von der Volkspartei die Rede ist, die Vertretung von Handels- und Wirtschaftsinteressen als das ihr zukommende betrachtet wird. Wir treten für die Vertretung ein, weil ihre Leistungsfähigkeit eine Lebensfähigkeit des Staates und Volkes ist. Aber wir wissen, daß die materiellen Fragen niemals allein die Lösung von Volksfragen bringen und sind an den großen Fragen der kulturellen Entwicklung zum mindesten mit derbellen Interessen beteiligt, wie irgend eine andere Partei in Deutschland (Sehr richtig). Persönlich füge ich weiter hinzu, daß ich in der Anregung des preussischen Ministerpräsidenten einer persönlichen Verbindung zwischen Preußen und dem Reich und der Ausgestaltung dieses Gedankens durch eine gegenseitige Vertretung mit Preußen die Wiederannahme eines Gedankens sehe, der schon früher von mir vertreten wurde und in dem wir alle den, wenn auch schwächeren ersten Versuch jener Einheitlichkeit zwischen Reich und Preußen sehen, der eines Tages kommen muß. Ich beschränke mich darauf, diese wenigen Vorworte in Ihre Gedächtnis zurückzuführen, weil es mir darauf ankommt, zu der allgemeinen Lage Stellung zu nehmen, in der wir uns nach innen und außen befinden. Täuschen wir uns nicht darüber,

wir stehen in einer Krise des Parlamentarismus, die schon mehr als eine Vertrauenskrise ist. (Sehr wahr.) Diese Krise hat zwei Ursachen: Einmal das Zerbröckeln, das aus dem parlamentarischen System in Deutschland geworden ist, zweitens die völlig falsche Einstellung des Parlaments in bezug auf seine Verantwortlichkeit gegenüber der Nation.

„Parlamentarisches System“ bedeutet die Verantwortlichkeit des Reichsministers gegenüber dem Parlament, das ihm mit Mehrheit das Vertrauen entziehen und ihn zur Amtsniederlegung zwingen kann. Nirgendes bedingt diese Bestimmung, daß der Minister Parteimann sein muß. Nirgendes ist die Verteilung der Ministerämter nach der Stärke der Fraktionen bedingt. Nirgendes bedingt sie weiter den Uebergang des Regierens vom Kabinettspräsidenten der Fraktionen. Die Ernennung der Minister erfolgt durch den Reichspräsidenten. Es ist klar, daß der Reichspräsident mit Rücksicht darauf nehmen wird, daß die von ihm ernannten Reichsminister das Vertrauen der Mehrheit des Reichstages erringen. Im übrigen ist der Eintritt wie das Auscheiden der Minister von ihrer persönlichen Verantwortlichkeit abhängig.

Ich verwahre mich persönlich gegen die Annahme des Satzes, daß eine Fraktion ihre Minister „zurückzieht“.

(Sehr gut.) Die Minister haben vor sich selbst die Frage zu beantworten, ob sie ihr Amt annehmen oder ob sie ihr Amt aufgeben. (Zustimmung.) Der Reichstag kann ihnen das Vertrauen entziehen. Die Fraktion kann sie aus der Fraktion ausschließen, aber das „Zurückziehen“ von Ministern bedeutet, daß in Wirklichkeit die Verantwortlichkeit nicht mehr besteht, sondern nur noch als Beauftragter irgendeiner Organisation erscheint (Sehr wahr.) Diese Auffassung ist das Ende des Liberalismus überhaupt. (Erneute Zustimmung.) Bewegungen im deutschen Volke sprechen von der Notwendigkeit die Rechte des Reichspräsidenten zu vergrößern. Es heißt aber:

das Ansehen des Reichspräsidenten und sein Verantwortungsgesühl herabzumühen und ihn als einfache Unterschriftsmaschine hinstellen, wenn ohne jede Diskussion über die Auffassung des

Der strenge Winter  
auch in unserer G  
bett selbst. Sie  
erreich zu haben  
unmöglich gelingen  
zusammen aufsteig  
fordern. In den  
34 Todesfälle, die  
Januar, wo nur  
schreckende Steiger  
dieser tödlichen  
älteren Leuten so  
Gegenwärtig  
Krankheitsfälle, da  
die eingeliefert un  
trotzdem man alle  
Krankensimmer ein  
musste man Zim  
zu Hilfe nehmen  
untergebracht sind  
Krankensimmer ei  
Patienten zu ver  
In den Städt  
Grippeerkrankung  
Marlen. Ob e  
namentlich unter  
das man die W  
In der Stadt  
barnieder. Und es  
gerechnet werden  
sind. Man sei d  
dem Weiter und

Ein Kaminbrat  
Doch, 27. Fe  
Wocher meiste d  
9 Uhr einen Br  
Zerstörung 16 u  
brand entzündet.  
jetzt bemerkt und  
den bis herbeie  
ben. Als die Fe  
war die Grö ße  
greifen brauche. I  
groß. Wäre das  
schnell bemerkt w  
einer Gefährlich

Zusammenstoß  
Doch, 27. Fe  
an der Ecke K  
ein Nachhaken m  
Nachhaken führte  
getreten. Er erl  
Krankenhause gebr  
Doch, 27. Fe  
eine ganze Reihe  
denaher erkrank  
keller 34 Insasse  
sammlung aufste  
verringert hat. E  
Heinrich Gieent  
teit ihren 80. Geb  
eifrigste Besor des  
Neuling, Schwa  
Zog seinen 84. We  
Bienen aus dem  
er erfreut sich no  
wünschen den beid  
kann, können un  
lichen Glückwünsch

Wird die neue  
Doch, 27. Fe  
eingetretene K  
gen. In Westfalen  
getreten. In A  
kalt. Es sieht som  
teils trübem Him  
glauben kann, da  
erfahren wird. Der  
Und es steht zu h  
weiter eintreten  
ganzen Freitag  
schwarz gemalt, ist  
neuen Kessel einfall

Generalversammlung  
Doch, 27. Fe  
der Arbeiterverei  
sammlung ab. De  
Sanling konnte  
nen. Er gab zun  
gung im verzuge  
Tafelrunde schließ  
stiegen ist, gegen 5  
leht sich die W  
25-45 Jahre 271 A  
der. — Hierauf  
standes. Folgende  
Sitzes Schuma  
Sohnen Schuma  
Schmidt Steme  
Bachbro. Als  
Sternen gemalt: So  
Sternen Hoffo  
rens und Mathias  
5 Jahre gewähl  
Die aber noch vorhe  
belegte ist der Ba  
noch verständig  
worden waren, tom  
han

Sticht  
Doch, 27. Fe  
Jugend gewinn  
dem Buche des be  
Göbel, Baumann;  
einfach und dar  
gemusst gewant  
Büches gab dam  
einen Lebensstil  
bewegung. Die neu  
und Soeben in  
ten und Volkstüm  
Mittelp. Umrahmt  
Bücher und G  
nächste Verammlun

Sticht  
Doch, 27. Fe  
R.R., Westfalen

Landesverrat vorgeworfen! Ohne die Mitarbeit der Sozialdemokratie würde die deutsche Republik überhaupt nicht bestehen. Das deutsche Volk wünscht, der Reichstag möge zurückfinden zu ernster sachlicher Arbeit (Beifall bei den Sozialisten).

Abg. von Lettow-Vorbeck (Dnl.): An unserer Disziplin stehen fünf polnische Armeeverbände, wir haben dort nur ein Infanterie- und zwei Kavallerieregimenter. (Hört! Hört! rechts.) Eine Kriegssache liegt in der Denkschrift keinesfalls. Eine solche Denkschrift enthält aber wertvolles Material für den Gegner. Deshalb ist ihre Auslieferung Landesverrat.

(Sehr wahr! bei den Dnl.) Da ist es Pflicht jedes Vaterlandsliebenden Mannes (Zuruf bei den Sozialisten) zu verleumden! Verleumdungen, die ihm zu Ohren kommen, an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Es ist unerhört, wenn das Blatt des Vorredners das als Schurkenfremde bezeichnet. Der Reichsführer hat zu dem Schurkenfremde gesagt, jetzt lag er ja, denn er stellt sich hinter den Reichsführer. Wir würden nur, daß die Taten diesem Ja-Wort nicht entsprechen werden. Seinerhand hat ja auch die Gründe der Denkschrift nicht anerkannt. Sie (zu den Sozialisten) wollen eben die Reichswehr unter parteipolitischen Einflüssen bringen gegen den Staat. Die Broschüre des Reichswehr und Sozialdemokratie! Spricht offen aus, daß es für den deutschen Arbeiter sein Vaterland gebe, sie verlangt offen den Landesverrat. Sie (nach links) wollen die Disziplinargemalt werden. Ist der Reichsführer zur Bekämpfung dieser Widerstände bereit? (Lachen bei den Sozialisten.) Die Reichswehr ist uns zu schade für Experimente.

In einem Augenblick, wo politische Romantik einen jungen Mann auf offener Straße niederträt.

(Große Unruhe bei den Komm.) Präsident Loebe: Durch den Ausdruck „politisches Romantik“ kann sich doch hier niemand getroffen fühlen! (Heiterkeit.)

Eine Gewährung des Geldes für Trost darf überhaupt nicht erörtert werden.

Wir wollen nicht in den Bolschewismus hineinschlittern. (Zuruf: Links.) Wir brauchen eine zuverlässige Wehrmacht nach außen, aber mehr vielleicht noch nach innen. (Zuruf: Links.) Auf den bewährten Grundlagen der Disziplin, der Treue und des Gehorsams. (Beifall bei den Dnl.)

Abg. Brüninghaus (Deutsche Volkspartei): In Polen spricht man offen von dem Kriege gegen Deutschland. Sollen wir uns da nicht bedroht fühlen? Es war geradezu die Pflicht des Reichsministers zu prüfen, wie diese Gefahr abzuwenden ist. Stämper selbst erkennt an, daß die Frage, ob weitere Panzerkreuzer gebaut werden sollen, davon abhängig ist, ob die anderen abhürten. Die anderen haben aber nicht abgehört. Stämper muß also folgerichtig für den Bau weiterer Kreuzer eintreten. Wer empfiehlt, daß wir mit unserer Wehrmacht hinabgehen unter das, was uns das Friedensbillet gelassen hat, verflüchtigt sich an unserer Volks. (Sehr wahr! bei den Dnl.) Wir dagegen wollen den Wehrwillen aufrecht erhalten. (Beifall bei den Dnl.)

Reichskanzler Müller verurteilt den Abgeordneten von Lettow-Vorbeck auf die Regierungserklärung vom Juli vor. Ja: Die Regierung, die von der Wehrmacht verlangt, daß sie eine treue zuverlässige Stütze der Republik ist, wird ihrerseits dafür sorgen, daß die Wehrmacht im Rahmen der bestehenden Verträge und der finanziellen Kräfte mit allem notwendigen ausgestattet wird. Irgeineine grundsätzliche Ablehnung des Wehrbets könne sich also mit der Ausführung der Regierung nicht vertragen.

Abg. Müller von Epp (N. S.) verurteilt den Bericht der Denkschrift, wundert sich aber nicht darüber, weil die allseitigen Sitten aufgegeben seien. Auf den Zursicht der Abgeordneten erwiderte er unter großer Heiterkeit: Das ist eine Angelegenheit von Männern, nicht von Frauen.

Im Schlußwort erklärte Stöcker, die Zustimmung selbst der Deutschen Nationalen zu den Ausführungen des Kanzlers sei ein weiterer Beweis für die Aufrichtigkeit, Gemeinschaft der gesamten Bourgeoisie.

Witzworte der Kommunisten gegen das Gesamtkabinett und gegen den Reichswehrminister.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 3 Uhr: Abstimmung über die Militäransprüche; Interpellation wegen des Baues von drei Rheinbrücken, kleine Vorlagen. Schluß 16 Uhr.

### Reichsbahn und Sachverständigen-Konferenz.

Vertrauliche Einladungen.  
Von unserer Berliner Redaktion.

Gegenüber der von uns gebrachten Meldung über das im Hinblick auf die Parteilichkeit der Verhandlungen von der Deutschen Reichsbahngesellschaft beobachtete Verhalten wird von der Hauptverwaltung der Gesellschaft in einem Dementi behauptet, daß Konferenzen über die betreffende Angelegenheit in der Hauptverwaltung überhaupt nicht stattgefunden haben. Daß die Hauptverwaltung etwa auch behaupten, daß sie auch keine Einladungen zu diesen Konferenzen hat ergehen lassen, und will sie leugnen, daß auf diesen mit „vertraulich“ bezeichneten Einladungen ausdrücklich als Tagesordnung die Frage angegeben war, welche Rationalisierungen noch möglich wären, wenn die Reichsbahngesellschaft von den gesetzlichen Bindungen und sonstigen Hemmungen befreit würde? Die Tatsache dieser Einladungen, an der nicht zu rütteln ist, aber zeigt, daß allen Ablehnungsversuchen zum Trotz Erwägungen und doch auch wohl Beratungen geschwebt haben, die sich weder mit dem Reichsbahngesetz, noch mit der Prärogative der Reichsregierung in der Reparationsfrage vereinbaren lassen. Um übrigens dürfte sich auch die Hauptverwaltung der weittragenden Bedeutung ihres Vorgehens bewußt gewesen sein. Sie würde sonst keinen so großen Wert auf die Geheimhaltung ihrer Einladungen gelegt haben.

### Zusammentritt des faschistischen Großen Rates in Rom.

Rom, 25. Febr. Unter dem Vorsitz Mussolinis fand heute abend im Palazzo di Venezia die erste Sitzung der Session des faschistischen Großen Rates statt. Mussolini richtete zunächst Begrüßungsworte an die Mitglieder des Großen Rates und gab der Zuversicht Ausdruck, daß der Große Rat nützliche Arbeit zum Wohle des Vaterlandes und zum Nutzen der Entwicklung der Revolution leisten werde. Darauf verlas der Generalsekretär der Partei, Turati, folgende Botschaft: „Im Augenblick der Aufnahme seiner Arbeiten leidet der faschistische Große Rat an einem Mangel an Italien den Ausdruck seiner unwandelbaren Ergebenheit.“ Diese Botschaft wurde von der Versammlung, die sich von den Plätzen erhoben hatte, mit Beifall aufgenommen. Ministerpräsident Mussolini erklärte sodann in zweiwöchiger Rede eingehend über die Botschaften und die Abkommen zwischen dem faschistischen Staat und dem heiligen Stuhl, wobei er den Vorwurf der Verträge gegen sich und kommentierte. Der Bericht, der mehrmals von Beifallrufen unterbrochen wurde, wurde zum Schluß mit einem dreifachen Aja aufgenommen.

Schreibt die parteiliche „Nationalistische Korrespondenz“ u. a.: Begreiflich, daß der Zentralvorstand in seiner einstimmig angenommenen Entscheidung die sachlichen Voraussetzungen erneuert, an die seiner Überzeugung nach jetzt jede erfolgreiche Regierungsarbeit gebunden ist. In der Koalitionsfrage billigt die Entscheidung des Zentralvorstandes die Haltung der Preußenfraktion und die Haltung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei. Er beschränkt sich aber nicht auf die Erklärung, daß eine fraktionell gebundene Regierung der Großen Koalition nur dann Erfolg versprechen kann, wenn der gleiche Zustand in Preußen geschaffen wird, sondern läßt aus dem Verantwortungsgesühl heraus, das uns befeht, der Reichstagsfraktion die Freiheit, die sie haben muß, um eine staatspolitische Reparations-, Steuer- und Finanzpolitik treiben zu können. Nach Beendigung der Reparationsverhandlungen in Paris wird der Zentralvorstand unter Aufrechterhaltung seines Beschlusses zur Koalitionsfrage vom November 1928 erneut zur politischen Lage Stellung nehmen.

### Rücktrittsabsichten des Reichspostministers Schädel.

München, 26. Febr. Nach einer Meldung des „Bayerischen Kuriers“ hat die Annahme der Steuererhöhung und die Kürzung der Ueberweisungssummen von 120 Millionen durch den Reichsratsausschuß in den Kreisen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei ein heftiges Aufsehen erregt. Klarheit könne selbstverständlich erst die Abstimmung im Plenum des Reichsrats bringen, die vermutlich schon im Laufe der nächsten Woche vorgenommen werde. Falls die Hilferingel Dedungsanfrage auch im Reichsratsplenum ohne Änderung angenommen werde, dürfte, wie in den Kreisen der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei betont wird, mit dem Rücktritt des Reichspostministers Schädel gerechnet werden.

### Reichskanzler Müller beim Reichspräsidenten.

Berlin, 26. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler Müller zu einer Besprechung über die politische Lage.

weihen lassen, wir sollten aber eine Erklärung abgeben, in der wir

### Dr. Stresemann

noch einmal das Wort ergreift. Er erwiderte auf eine Anfrage des Abg. Dr. Schäfer, daß ein Ausscheiden aus der Regierung bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen nicht in Betracht kommen könne.

Die Auswahl unserer Sachverständigen habe sich allgemeine Zustimmung in den deutschen Kreisen gefunden. Man müsse anerkennen, daß sich die Reichsregierung dabei nicht von sozialistischer Ideologie habe leiten lassen. Wir hätten als Sachverständige Persönlichkeiten nötig, die denen es nicht auf die Partei ankomme, sondern auf Charakter und Fähigkeiten. In dieser Hinsicht habe die Regierung eine gute Auswahl getroffen. Wenn die eventuellen Pariser Vereinbarungen für Deutschland tragbar sein sollten, dann müßten sie uns eine Erleichterung der Lasten bringen. Ich würde allerdings, so betonte der Minister mit Nachdruck, an die Zukunft des Reiches denken, wenn es die Popularitätshäuser der Parteien dahin bringen würde, daß sich eine solche Erleichterung nicht in einem Steuerabbaue auswirken würde, sondern in neuen Wohltaten. Zu den künftigen Fragen erklärte der Minister, daß die evangelische Kirche selbstverständlich die gleichen Rechte wie die katholische erhalten müßte. Es sei aber bedauerlich, daß wir sieben evangelische Kirchen haben, ein Zustand, der auch auf die Popularitätshäuser der Parteien nicht günstig sei. Angeht die Stellung der Deutschen Nationalen Partei zu den staatspolitischen Fragen sei der Gedanke, die Sozialdemokratie zur Verantwortung herauszufordern, durchaus nicht abzulehnen. Der Minister betonte zum Schluß noch einmal, daß es

angeht die Pariser Verhandlungen keine Krise und keine Auflösung geben dürfe. Erst nach diesen Verhandlungen entliehe die Schicksalsfrage, ob sich die Partei durchsetzen könne oder nicht, und dann komme die Entscheidung.

### Eine parteiliche Erklärung.

Berlin, 26. Febr. Ueber die Bedeutung der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei

## Der Reichstag über Groeners Denkschrift.

### Die große Sensation blieb aus.

Von unserer Berliner Redaktion.  
+ Berlin, 26. Februar. (Draht.)

Der Reichstag, der heute nach zehntägiger Pause zusammentrat, um die kommunistische Interpellation über die Veröffentlichung der Groener-Denkschrift zur Panzerkreuzerfrage zu behandeln, trug rein äußerlich das Gepräge eines großen Tages. Der Andrang zur Sitzung war derart stark, daß schon lange vor Beginn die Eingänge zum Haus, besonders das Portal 5, an dem der Zugang für das Publikum ist, regelrecht umlagert war. Zu Beginn der Sitzung waren die Tribünen reichlich überfüllt. Auch die Diplomatenloge war gut besucht. Außer der kurzen und sachlichen Erklärung des Reichskanzlers forderte aber diese überflüssige Debatte nichts von Bedeutung zutage. Die große Sensation, die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Deutschen Nationalen, die in der Presse angekündigt war, blieb aus, da der deutschnationalen Redner, der eigentlich zum Thema hätte sprechen sollen, der Abg. von Lindener-Wildau, in letzter Stunde erkrankt war und die Deutschen Nationalen für ihn den bekannten Afrika-Kämpfer v. Lettow-Vorbeck vorschickten. Der General zeigte sich auf dem politischen Parkett äußerst ungeschickt und so fand sich eigentlich keine Grundlage für eine so lebhaft Auseinandersetzung, wie sie angekündigt war. Das politische Interesse des Tages lag zudem den Beratungen des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei.

### Der Reichskanzler beantwortet die kommunistische Interpellation.

(Berlin, 26. Februar.)

Auf der Tagesordnung des Reichstags stand die kommunistische Interpellation über die Denkschrift des Reichswehrministers Groener wegen der Panzerkreuzerfrage.

Die Denkschrift Groeners, so begründete der kommunistische Ständer die Interpellation, spricht im Gegensatz zu der offiziellen Friedensbeweise unserer Regierung zu klaren Sprache imperialistischer Politik. Sie zeigt das Kriegsprogramm der Bourgeoisie. Darum hatte auch die Sozialdemokratie alle Verantwortung, für die Geheimhaltung dieser Denkschrift zu übernehmen. Die Denkschrift gibt an, daß der Panzerkreuzer gebaut werden soll, damit Deutschland sich an dem nächsten imperialistischen Krieg beteiligen kann. Groener erörtert die Kriegsmöglichkeit mit Polen natürlich nur,

um die Kriegsanfänge gegen Rußland zu verschleiern. (Lachen bei der Mehrheit.) Aber die Arbeiterklasse wird den Krieg gegen Sowjetrußland verhindern, sie wird dann den Bürgerkrieg entfesseln. (Händeklatschen bei den Kommunisten.) Nunmehr hat das Wort der Angeklagte (Große anhaltende Heiterkeit.)

Reichskanzler Müller beantwortete die Interpellation: Trotz der letzten Worte des Abgeordneten Stöcker will ich ernst antworten. Die Denkschrift wurde lediglich zum Zwecke der Unterrichtung des Reichskabinetts abgefaßt

und sollte deshalb nicht veröffentlicht werden. Wie sie der englischen Zeitschrift zugänglich wurde, wird vom Oberreichsanwalt untersucht. (Zuruf bei den Kommunisten: Immer noch?) Die Behauptung der Interpellation findet in der Denkschrift keine Bestätigung. Es ist auch im Ausland weitgehend anerkannt worden, daß die Denkschrift bei Erörterung von Kriegsmöglichkeiten von vornherein jede militärische Verwicklung als für Deutschland verhängnisvoll darstellte. Die Denkschrift weist nach, daß Deutschland imperialistische Absichten gar nicht haben kann. Zu den Fragen des Grenzschutzes und der Wahrung der Neutralität im Falle kriegerischer Verwicklungen anderer Staaten ist grundsätzlich zu äußern, gehört zur Pflicht des Reichswehrministers.

am Bürgerfrieden. Es muß den internationalen Sozialisten gelingen, das noch bestehende Reich geheimer Militärkonventionen zu zerschlagen. Sofort nach Veröffentlichung der Panzerkreuzerdenkschrift deutete die deutschnationalen Presse an, sie könnte nur von den Sozialdemokraten verurteilt werden sein. (Abg. Graf Westarp (Dnl.): Lesen Sie manchmal den „Klassenkampf“?) Die Verneinungen haben ergeben, daß

die Behörden wieder einmal auf eine falsche Spur gebracht worden sind durch deutschnationalen Parteielogation

(Hört! Hört! bei den Sozialisten, die in Magdeburg sogar falsche Märkte fabriziert hat. Alle Augen und allen Schwindel applaudierte Herr von Lindener dem Oberreichsanwalt, obwohl wir gerade von Lindener bisher glaubten, seine politische Intelligenz reiche aus, den Kampf anständig zu führen. (Große Unruhe bei den Dnl.).) Wenigstens ist Lindener Mitglied.

die angebliche Verräterin Frau Valentini aber Geschäftsführerin des Komitees für internationale Verständigung. Aber unter der Herr Hugenberg's entwideln die Deutschen Nationalen die Verleumdung zum Handwerk. (Zuruf bei den Dnl. Zuruf: Unerträglich! Patron!) Mit Ihnen (nach rechts) redeten wir nicht über Landesverrat. Sie haben ja sogar Ebert

Reichspräsidenten erklärt wird, daß diese oder jene Minister ernannt werden müßten. (Sehr wahr.) Ich bin über das ganze Kiste in dem Augenblick zu Ende wäre, wo ein Kiste der Reichspräsidenten erfolgte und die Kabinettsbildung aus den Verhandlungen der Fraktionen herausgenommen wurde. (Sehr richtig.) Die Reichsregierung hat, so weit Angehörige von Fraktionen in ihr sind, heute keine Mehrheit im Reichstage. Das ist an sich kein Grund, anzunehmen, daß sie nicht in der Lage sei, zu regieren. Als die D. V. Verhandlungen in London geführt wurden, fand hinter der Regierung ebenfalls keine Mehrheit. Trotzdem gelang die D. V. Verhandlungen zu zustimmen, das ohne die deutschnationalen Stimmen niemals die Mehrheit erlangt hätte. Da es wünschenswert ist, die Reichspolitik stärker zu untermauern, ist klar. Ob dazu bei der Zentrumspartei nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung Neigung und Wunsch besteht, ist zweifelhaft.

### Ein Rücktritt der Reichsregierung kann nicht in Betracht kommen.

(Sehr richtig.) Unsere Sachverständigen in Paris würden der moralischen Stütze entbehren, wenn sie in dem Augenblick, wo sie die Entscheidung über die Zukunft von Generationen treffen, den Zusammenbruch der Regierung sehen müßten. Ich halte es für die Pflicht derjenigen Männer, die am Steuer stehen, auf ihrem Platz zu bleiben, auch wenn Stürme über das Schiff spülen und die Mannhaftigkeit zur Meuterei neigt. Höher steht das persönliche Verantwortungsgesühl gegenüber dem Staat als die Rücksicht auf die Partei. Wenn sich diese Empfindung bei den Ministern aller Parteien durchsetzen würde und durchsetzen könnte, dann würden wir in untern Verhältnissen längst weiter gekommen sein. Für die Volkspartei ist die Betrachtung rein ideologisch; denn ich glaube nicht, daß irgend jemand unter uns so leichtsinnig wäre, jetzt die Pflicht vor der Verantwortung zu fordern. Man könnte sagen, daß die Möglichkeit besteht, die heutige Regierung durch eine neue zu ersetzen. Ich lehne diese Möglichkeit nicht. Es ist doch geradezu eine Gröteske, wenn jetzt der Reichskanzler und Außenminister tagelang nicht anderes als ausweichende Versuche machen müssen, die Parteien zueinander heranzubringen.

Die zweite Frage ist, ob die Ergänzung der heutigen Regierung wünschenswert ist. Sie ist naturgemäß zu bejahen.

Daß sie nach der Richtung Hugenberg nicht in Betracht kommt, darüber ist wohl allseitiges Einverständnis. Ob sie nach anderer Richtung möglich ist, hängt für mich nicht in erster Linie von persönlichen, sondern von sachlichen Voraussetzungen ab.

Ich würde mich heute noch freuen, wenn die Bildung einer festen Preußenkoalition unter Berücksichtigung der berechtigten Ansprüche der Deutschen Volkspartei zustande käme. Sind aber die Brücken endgültig abgebrochen und steht nur allein die Preußenfraktion selbst sachliche Bedenken, jetzt in die preußische Regierung einzutreten, so

müß die Entwicklung im Reich lediglich auf Grund der Reichsinteressen erfolgen.

Unter Weg betrifft vor allem die Ausgabenwirtschaft des Reiches. Die Gehälter der Ausgabenwirtschaft im Reich, Ländern und Gemeinden kann einen Tag nicht nur mit Steuern erfüllen. (Sehr wahr.)

Wir quetschen die Steuerzahler aus wie eine Zitrone

und durch die Art der Erhebung der Steuern haben wir, wenn auch nicht in der Substanz der Wirtschaft eingegriffen (Zuruf: Doch), so doch jene Bildung von Steuern unmöglich gemacht, ohne die wir auf die Dauer die Volkswirtschaft nicht aufrichten können. Wir müssen auch das erhalten, was man den industriellen Mittelstand nennt. Wir stehen, wenn die Dinge so weitergehen, vor dem Trübsal der einen und vor einer Millionenfamilien der anderen. Damit steigern sich die sozialen Gegensätze.

Es geht mit dieser Politik nicht weiter, wenn wir nicht lebenden Wesen in den Wägen hinabschleppen wollen.

(Zustimmung.) Unsere Produktion leidet unter der Kaufkraft der Landwirtschaft, die in einer bis zur Katastrophe gesteigerten Art sich befindet. (Sehr richtig.) Deshalb muß der Wehrzeit der Parteien um die Volkswirtschaft aufhören. Man muß, daß das Staatsrecht des Reichstages mit unseren Anträgen in Gefahr wäre. Volkswort geht über über Staatsrecht. (Sehr wahr.)

Die Erklärung der Verfassungskrise durch die Denkschrift ist das Grundbedenken des heutigen politischen Lebens.

Daß ich nicht zu den Toren gehöre, die den Wirrwarr der bestehenden Parteien durch die Begründung einer neuen Partei beheben wollen, brauche ich nicht zu sagen. (Diese Ausrufung richtet sich gegen eine Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ monach, daß dieser Tage eine Gruppe jüngerer Politiker zusammengekommen, um angeregt der unbegründeten Ereignisse in der deutschen Parteipolitik der letzten Wochen die Frage zu erörtern was vom Standpunkt staatspolitischer Gestaltung dagegen gesehen könnte.“ Die allgemeine Ueberzeugung sei gewesen, es werde, wenn die bestehenden Parteien die Dinge weiter treiben ließen, kaum vermeidbar sein, daß die starken Widerstände dagegen vielleicht zu neuen Zusammenstößen politischer Menschen führen, die heute in den Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Demokraten verteilt seien, ohne sich durchsetzen zu können. Der „Jugendfreund“ wußte ergänzend zu berichten, daß sich tatsächlich eine solche Gruppe von jüngeren Politikern, darunter auch aristokratischen Gewerkschaftlern, zusammengefunden und begonnen habe, sich auch im Reich auszuzeichnen. Die Gruppe führe den vorläufigen Namen „Front 1929“ und sei aus Männern der verschiedensten bisherigen Parteigruppen zusammengesetzt. Unter diesen sollte sich, wie von anderer Seite gesagt wurde, auch Stresemann befinden. Die Redaktion.)

Dr. Stresemann führte weiter aus: Es geht ein Raunen durch das Land von illegalen Bestrebungen zur Erhebung der Verfassung durch Diktaturpläne. Trotz der herrlichen Beziehungen, in denen der Oberbürgermeister von Köln zu Großmächten Europas steht, in denen diese Regierungsform besteht (Heiterkeit),

glaube ich, daß wir vom Faschismus noch weit entfernt sind.

Es gibt auch niemanden, der den Bahnhofs denken kann, daß ein Mann wie Hindenburg sich zur Verletzung der Verfassung hergeben würde. (Sehr wahr!)

Über wie müssen uns bewahren, zur Reform des Parlamentarismus zu kommen.

(Zustimmung.) Wir müssen verlangen, wenn das an den Parteien selbst in dieser Situation scheitert, daß Verantwortungsbewußte Verantwortlichkeiten den Mut finden zu regieren, d. h. die Führung zu übernehmen. (Bravo!) Der Gedanke der Verfassungskrisenpartei sei bei dem Ueberwachen der Interessenvertretungen stark zurückgedrängt, aber der Verfallismus müsse wenigstens das eine Vermächtnis hinterlassen: den Liberalismus der Persönlichkeiten im Gegensatz zu der Herrschaft der rein zahlenmäßigen Organisation. (Stürmischer Beifall.)

### Der Vorsitzende der volksparteilichen Landtagsfraktion, Abg. Stenkel,

gab dann eine Darstellung der in Preußen geführten Verhandlungen. Er wies besonders die Behauptung zurück, daß zwischen Dr. Stresemann und der Landtagsfraktion irgendwelche Dissonanzen beständen. Im Laufe der Verhandlungen habe Ministerpräsident Braun erklärt, das Zentrum habe sich beim Reichshausgeheh düpiert gefühlt und wolle Sicherungen haben. Er könne uns zwar nicht in die Einzelheiten des Konfords ein-

geben, aber er werde die Einzelheiten des Konfords ein-

[illegible]

Wilhelm Strienz  
singt am 10. März



Nachruf

Sonntag nachmittag entfiel sanft nach kurzer, schwerer Krankheit, unsere liebe Arbeiterin und Mitarbeiterin (im. 1939)

Frau Johann Kreilkamp

Wir werden ihr ein ehrendes Andenken bewahren.

Firma Johann Borgers, deren Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen.



Nachruf

Am 25. ds. Mts. starb unser Mitglied und lieber Kollege, der Weichenwärter

Theodor Messing

Wir verlieren in ihm ein treues Vereinsmitglied und einen lieben Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden. (im. 1938)

Weichenwärter- und Fahrwärter-Berein Weisel.

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag morgen 18 Uhr vom Sterbehause (Schützenstraße 1) aus.

Mitt und Kollegen treten 7 Uhr am Bahnhof Bocholt an.

Handwerker! Geschäftstreibende!

Es wird hohe Zeit

Die Umkehr zu Einkommensteuerveränderungen müssen bis zum 28. Februar einberechnet werden. Denken Sie daran! Überlassen Sie diese Angelegenheit, so Sie selbst keine Zeit haben, einem Fachmann gleichzeitige Anfertigung legitimer Korrespondenz, sowie Erledigung aller anderen Steuerangelegenheiten, welche Besteuerungs-Erhebungen u. Abrechnungen aller Art, sowie Anfertigung von Durchschüssen in Wäldern, etc. betreffen. Wenn Sie sich vertrauensvoll an

Heinrich Beiffer, Bocholt, Friesenstr. 2, telefonisch zu erreichen unter Nr. 2810

Sargmaazijn  
Spez. Eichenfässer Kompl. Befüllung.  
Heinrich Kemper  
Südwall 26. Fernsprecher 2178. 1619

Merke Dir das Eine:  
Da kaufst sehr gute Weine,  
la. WEINBRAND, ARRAC,  
RUM, LIKÖRE  
In der Drogerie  
GEBRÜDER STEINER  
Markt 8.

Hier 8 pathie :: Naturheilverfahren  
Behandlung innerer und äußerer Krankheiten  
Langjährige Praxis  
J. H. Ahland  
Bocholt, Markt 11, 1526  
Sprechzeit: Jeden Freitag von 2-5 Uhr.  
(Die Hausbesuche wolle man bitte vormittags mündlich oder schriftlich annehmen)

Gutes Gehen  
halbe Arbeit!

Das menschliche Auge muß in der Regel mehr leisten als irgend ein anderer Körper teil. Nicht nur bei der Arbeit, selbst in den Mußestunden, bei der Lektüre, bei der Hausarbeit, wenn alle anderen Körperteile ruhen, ist das Auge in Tätigkeit. Darum ist es nötig, bei Vorhandensein von Sehstörungen durch Augenleiden auszuweichen zu lassen. Niemand zuvor gab es eine Zeit, wo dem menschlichen Auge so viele Leistungen zugemutet wurden. Augenleiden sollten Sie nur beim Fachmann kaufen, wo Sie volle Gewissheit haben, auch das zu bekommen, was Sie das Beste ist.

Optiker Winkler,  
Noustraße 18

fertigt Brillen u. Kneifer für jede Augenpassung in eigener Werkstatt.  
Reparaturen sofort.

Lieferant für Krankenkassen.

Achtung! Achtung!  
Verkauf Freitag morgen von 8 Uhr an auf dem Hofe der Kaserne Imping, Kaserne.

40-50 Stück  
prima junge Schweine  
in allen Größen

Heinrich Ariz  
Speken.

Entgehendes (im. 830)

Frisiergeschäft  
mit Einrichtung

Frankfurtshofer sofort zu verkaufen.  
Angebote unter Nr. 830 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Jährliche Unfallopfer  
im Deutschen Reiche.

23.000 Menschen werden tödlich getroffen,  
200.000 Mensch. werd. bleibend beeinträchtigt  
3.000.000 werden zeitweilig beeinträchtigt.

Klug ist, wer sich gegen Unfall versichert,  
Kluger, wer sich versichert und sichert.

Unverbindliche Auskunft erteilt die Geschäftsstelle Bocholt der Nordstern-Versicherungs-Aktien-Gesellschaften

Fritz Reygers,

Westend 50, Fernruf 3351 (Sammelnnummer)

Für Kranke!

Garantiert reiner

Lindenblütenhonig

abgegeben. 1637

Reinh. Entl. Ing. Sachsestr.

Telefon 2422.

Käse

Kugelskäse 2 Kilo M. 4.85

Tafelskäse 2 Kilo M. 4.85

Halbskäse 2 Kilo M. 7.90

Gustav Westphal,

Altena-Hamburg.

Illust. Lebensmittelpreisekostenlos.

Bei's Schleuderhahn

Gar. reiner Blütenhonig (im Dingpersen-Flaschenglas)

1.12.25, verpackt zu haben bei:

Gastwirt Joh. Terfegge u. Gatt.

W. August Janßen, Suderwid

(Kreis Forst.)

Wegen Aufgabe des Geschäftes und Errichtung eines Neubaus, ein flott gehendes

Geschäfts-v. Wohnhaus

gelegenes an der Bürgerstraße, verbunden mit

Schuppen, Pferdeboxen, Lagerhaus, Wagenremise, Garten usw., günstig zu verkaufen.

Näheres beim

Architekten W. Hallen,

Telefon 3293, Königsstraße 2.

Suche für meinen Sohn, höhere Schul-

bildung, 18 Jahre alt, zu Ostern (im.

Stelle als Volontär

in einer Weberei.

Offerten unter Nr. 1061 an die Geschäfts-

stelle ds. Bl. erbeten.

Ein gebrauchtes,  
gut erhaltenes

Klavier

gegen Barzahlung

zu kaufen gesucht.

Näheres in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Schmiedehaus, ein-

gerichtetes (im. 1654)

Pet- und

Wagners

1.70 Meter hoch,

in jedem Geschirr

gehend, billig zu

verkaufen.

Näheres in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Zu Ostern ein

Stellmacher-

Lehrling

gesucht. (im. 831)

Am Ende der, Bohl

bei Bocholt 88.

Ein älteres

Mädchen

für Samstagnach-

mittags zum Was-

chen in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Wid. Rod.

Fein- u. Grobwarei,

Bocholt 11.

Mädchen

oder Frau, Haus-

arbeit gesucht für

halbe Tage. Muß

auch etwas kochen

können. Vorzuziehen

Mittwoch nachm.

von 1-4 Uhr. Zu

erfragen in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Reichs  
Husten-  
Tropfen  
Marke  
Medico

das allerschnelle Mittel, er-  
hältlich in Apoth. u. Dro-  
g. 0.80 u. 1.50. Gibt nur mit  
Marke Medico und Arma  
Otto Reichel, Berlin

Beim zu haben  
bei Wilhelm Bruns,  
Drogerie, Nordstr. 22  
und Gehr. Steiner,  
Dro. 7. weißen Kreuz,  
Markt 8. 1620

III. Orden

Frau Groj-Soltwid

1. April 1939

Jugendkinder 130

Liedstr. n.

Seute (Mittwoch)

abends 8.15 Uhr

Verammlung

der Eucharistischen

Abteilung in St.

Agnes. (im. 1633)

Kirchenfeier

Heide.

Am Donnerstag,

den 28. Febr. 1939

letzter Eucharistias

für 1938/39,

vormittags von

8.30-12 Uhr.

Schilling, Heide.

Bauschule

Technikum Lage

1. April 1939

Zwei schöne helle

Räume

im Mittelpunkt der

Stadt, als Büro-

räume oder an ein-

zelne Person zu

vermieten. Eventl.

teilweise möbliert.

Offerten erbeten un-

ter Nr. 836 an die Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

2-3 Zimmer

von einem jungen

Ehepaar per bald

eventl. gegen ein

Darlehen von 2000

bis 3000 Mark ge-

sucht. (im.

Offerten erbeten un-

ter Nr. 834 an die Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

Wid. Rod.

Fein- u. Grobwarei,

Bocholt 11.

Mädchen

oder Frau, Haus-

arbeit gesucht für

halbe Tage. Muß

auch etwas kochen

können. Vorzuziehen

Mittwoch nachm.

von 1-4 Uhr. Zu

erfragen in der Ge-

schäftsstelle ds. Bl.

im Quartett-Verein  
Bocholt e. V.

Wichtig für Kranke!

Rechtzeitig vorbeugen!

Vollständig erhalten Sie die illustrierte

48 Seiten Broschüre über die erfolgreichsten, ärztlich

empfohlenen Kräuterheilmittel.

Nur diese Packung

Waldflora

Kein Teel

Ausgewählte giftfreie

Pflanzenbestand

teile. Nicht als Tee,

sondern in Form von

Ausgüssen nehmen!

Alle wirksamen

Stoffe, die sonst durch

Kochen oder Auf-

beugen zerstört werden, bleiben erhalten. Daraus

erhältlich in der

Drogerie Maaß, Osterstraße 22.

Die kath. Volksversicherung

LEO

ist die beste Alters- u. Sterbevorsorge.

Auskunft erteilt die

Geschäftsstelle Clem. Gallas, Königsstr. 2 und

Kathol. Arbeiterssekretariat. 1523k

Verkauf ab Donnerstag morgen 8 Uhr

ca. 100 Oldenburger

Schweine

ab meinen Stallungen. (im. 1637)

Friedr. Buers, Dingden.

Möbelbrande!

Bedeutendes Hamburger Möbelhaus

ludt künftigen

AKQUISITEUR

Bewerber, welche künftigen bestehen,

erfolgreich tätig zu sein, wird hohe Provision

angeboten. Kunden können per Auto ab-

geholt werden. Offerten unter C. 1593 an

die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Verkäufe und

Kaufangebote

erzielen durch eine

kleine Anzeige im

Bocholter Volksblatt

sehr auf schnellstem

Wege ihren Zweck.

Weggebühren 2% d. Anzeigensumme. Einzelhefte 10 Pf.

Ein (im. 1638)

Mädchen

welches den Haus-

halt führen kann

für sofort gesucht

Erstl. Sterbenhof,

Weggebühren 2% d. Anzeigensumme. Einzelhefte 10 Pf.

Stadtkreis Bocholt die nachfolgende Polizeiverordnung

erlassen:

§ 1

Einbahnstraßen

1. Einbahnstraßen sind Fahrbahnen, die nur in

einer Richtung befahren werden dürfen.

2. Die Richtung wird angezeigt durch Richtungs-

pfeile, die auf weißem Grunde mit roter Umrandung

in schwarzer Farbe die Bezeichnung „Einbahnstraße“

führen.

3. In Gefahrenfällen hat die Vorschrift des Absatzes 1

keine Geltung für die Feuerwehr und Polizei.

4. In Einbahnstraßen ist den Fahrzeugen die Aus-

nutzung der Fahrbahn in ihrer ganzen Breite gestattet,

jedoch haben alle Fahrzeuge möglichst rechts zu fahren

und links zu überholen.

§ 2

Verkehrsstraßen 1. Ordnung.

1. Verkehrsstraßen 1. Ordnung sind durch weiße

stehende Bänder mit roter Umrandung gekennzeichnet,

die an den Einmündungen der Seitenstraßen angebracht

sind.

2. In den Verkehrsstraßen 1. Ordnung gelten fol-

gende Vorschriften:

a) Das Verben der Fahrzeuge ist verboten.

b) Das Anfahren und Halten ist nur in der vor-

geschriebenen Fahrtrichtung an der rechten Stra-

senkante gestattet.

c) In die Verkehrsstraßen 1. Ordnung dürfen Fahr-

zeuge nur in Schrittlängsrichtung einfahren.

d) Der An- und Verkauf aller, einschließlich der

Verkehrsstraßen 1. Ordnung, ist durch weiße

stehende Bänder mit roter Umrandung gekennzeichnet,

die an den Einmündungen der Seitenstraßen angebracht

sind.

2. In den Verkehrsstraßen 1. Ordnung gelten fol-

gende Vorschriften:

a) Das Verben der Fahrzeuge ist verboten.

b) Das Anfahren und Halten ist nur in der vor-

geschriebenen Fahrtrichtung an der rechten Stra-

senkante gestattet.

c) In die Verkehrsstraßen 1. Ordnung dürfen Fahr-

zeuge nur in Schrittlängsrichtung einfahren.

d) Der An- und Verkauf aller, einschließlich der

Verkehrsstraßen 1. Ordnung, ist durch weiße

stehende Bänder mit roter Umrandung gekennzeichnet,

die an den Einmündungen der Seitenstraßen angebracht

sind.

2. In den Verkehrsstraßen 1. Ordnung gelten fol-

gende Vorschriften:

a) Das Verben der Fahrzeuge ist verboten.

b) Das Anfahren und Halten ist nur in der vor-

geschriebenen Fahrtrichtung an der rechten Stra-

senkante gestattet.

c) In die Verkehrsstraßen 1. Ordnung dürfen Fahr-

zeuge nur in Schrittlängsrichtung einfahren.

d) Der An- und Verkauf aller, einschließlich der

Verkehrsstraßen 1. Ordnung, ist durch weiße

stehende Bänder mit roter Umrandung gekennzeichnet,

die an den Einmündungen der Seitenstraßen angebracht

sind.

# Aus Münster und dem Münsterland.

## Vier Jahre Gefängnis für Leiskes.

Begen Körperverletzung mit Todeserfolg verurteilt. Todesstrafe beantragt.

Münster, 26. Februar.

Der Vorsitzende hatte am ersten Verhandlungstag erklärt, daß er nach eingehendem Studium der Akten zu der Überzeugung gekommen sei, daß der Angeklagte in jeder Hinsicht die Unschuld bezeugt habe.

Es wurden nun über 30 Zeugen vernommen, die vor allem über die Charaktereigenschaften des Getöteten, aber auch über Hans Leiskes Aussagen lieferten. Danach fielen die Aussagen über Willi Leiskes durchaus nicht unausgesprochen aus, sondern zeigten vielmehr, wie sie in diesen Jahren durchweg jungen Leuten eigen ist, abgelehnt. Man lagte jedenfalls dem Angeklagten auch nach, daß er verurteilt sei, an dem ermordeten Vater ein gutes Haar zu lassen. Gegen die Auffassung wehrte sich der Angeklagte im Laufe der Verhandlung mehrmals entschieden. Wie er überhaupt aus einem anfänglichen Verdrüß sein mehr und mehr herausritt und sich energisch verteidigte; schließlich rühmte man auch ihm besondere Grobmannschaft nach. Aber ausreichend und über die Norm gehend, sind auch diese Aussagen seiner ehemaligen Mitschüler und Lehrer von der Gewerkschule nicht. Er ist durchweg in seinem Fach ein fleißiger und talentierter Arbeiter.

Die Vernehmung des Vaters des Angeklagten bringt eine besondere Note in die Verhandlung. Er weicht sich auf eine höchst klare und lebendige Art über seinen Sohn auszusprechen. Der Sohn hat ihm niemals die geringste Veranlassung zu Ärgernissen gegeben; dagegen macht der Vater auf eine starke nervöse Störung auf, die sich ihm im Anschluß an eine Kopfrippe eines Tages bei seinem Sohne gezeigt. Er zitterte, die Gegenstände seines Zimmers und nie leben an, der sich ihm näherte. Er kam damals ins Clemens-Hospital, wo er einige Monate in Behandlung blieb. Die Aussagen des Vaters führen zu einigen Reibereien zwischen dem Vorsitzenden und Leiskes; man hält der Verteidigung vor, wie wenig Wert man den Aussagen von Verwandten vor Gericht beizulegen. Ueberhaupt kommt es im Laufe der Verhandlung noch mehrmals zu heftigen Zusammenstößen zwischen Verteidiger und Vorsitzendem. Man bekommt wohl den Eindruck, daß es der Verteidigung nicht allzu leicht gemacht wird.

In der ganzen höchst traurigen Angelegenheit spielt aber auch die münsterliche Kriminalpolizei eine nicht immer besonders glückliche Rolle. Die Verhandlung deckt auf solche Mängel der hiesigen Kriminalpolizei auf, daß es dringend geboten wäre, für die Zukunft hier einmal Reformer zu schaffen. Auf der anderen Seite ist wohl auch zuzugeben, daß die Arbeit der Kriminalpolizei noch besonders erschwert wurde durch die vielen falschen Angaben, die der Polizei hier gemacht wurden. Der Vorsitzende erklärt schließlich: „Es geht auf seine Kuhhaut, was in dieser Sache gelogen worden ist.“

Ein besonderes und neues Moment bringt die Auffassung, als ob der Angeklagte den Vater erst in den Kanal geworfen habe, denn man hat den Mantel des Getöteten, wie er bei der Vernehmung, in der Nähe der Leiche gefunden, so daß man anzunehmen gewillt war, daß der Mantel erst im Wasser gewesen sei, da er sonst nicht so gerieben wäre. Daß der Getötete erst im Wasser gelassen worden sei und sich dann daraus getrieben habe, dagegen aber sprechen auch sowohl eine Reihe von Momenten physiologischer Art wie auch solche in den Zeugnisaussagen.

Der Angeklagte bleibt nach wie vor bei seiner Aussage, wonach es zu einer Prügelei zwischen ihm und seinem Vater gekommen sei, wobei er sich seiner scharfen Gewandbewehrung, sondern allein durch Tritte mit seinem eigenen Bein Verletzungen zugezogen haben will, die den Tod herbeiführten.

Die beiden Sachverständigen, Prof. Dr. Töben und Gerichtsarzt Dr. Förster, geben ein umfassesndes Gutachten ab. Dr. Förster resümiert: „Mit einer 99-prozentigen Wahrscheinlichkeit sind die Verletzungen nicht durch Tritte mit dem Stiefelabsatz entstanden.“ Prof. Töben zeichnet die sozial-psychologische und medizinisch-psychiologische Seite des Falles auf. Vor allem geht er auf den von der Aussage des Vaters aus. Es liegt ihm am Herzen, eine nervöse Störung vor, es ist Grobmannschaft vorhanden. Er ist erregbar und zeitweilig ein von Affekten beeinflusster Mensch; es liegt typische Pathologie vor; er ist unharmonischer Natur, er ist psychopathisch. Aber die Tat ist nach den Sachverständigen Auffassung nicht im Zustand von Bewußtlosigkeit ausgeführt worden.

Der Staatsanwalt plädiert hierauf nochmals ein zukunftsweisendes Bild der Ereignisse und kommt am Ende seines Plädoyers zur Behauptung nicht nur der Tötung, sondern der beabsichtigten und überlegten Tötung, also des Mordes. Er spricht ihn daher des Todes schuldig.

Der Verteidiger erwidert hierauf das Wort zu einem groß angelegten und geschickt formulierten Plädoyer, das sich über zwei Stunden hinzieht und ganz auf die Mentalität der Leinwand, der Geschworenen, eingeleitet war. Er forderte zwar auch eine Verurteilung, aber nur eine solche wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang. Eine Verurteilung, die aber eine menschliche und gerechte Verurteilung, das war seine Forderung an die Geschworenen. Hierauf wurde der Angeklagte nochmals vom Vorsitzenden aufgefordert, ein entgegengesetztes Gutachten zu machen. Unter Schlußworten gab der Angeklagte an, seine andere als die bisherige Aussage machen zu können. Er wolle diesen für seine Tat; aber er wolle auch, daß er sich kein Gewissen nicht erschüttere, wenn seine bisherigen Angaben der Wahrheit nicht entsprechen hätten. Er könne aber auch jetzt nichts anderes sagen, als er bisher ausgesagt habe.

Nach halbständiger Beratung ermahnt das Urteil des Gerichtes dahin: Vier Jahre Gefängnis, unter Verrechnung der Untersuchungshaft. Das Gericht gab zur Begründung des Urteils seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß die der wahre Sachverhalt nicht aufzuklären ließe.

## Aus dem Bund der Kinderreichen.

Münster, 25. Febr.

Die Vorstände der münsterländischen Ortsgruppen des Bundes der Kinderreichen hielten am Sonntag, den 24. Februar, im Hotel Krante eine Versammlung ab. Sie sollte dem Austausch von Erfahrungen und der Beratung über die Durchführung des Bundesprogramms dienen.

Es waren erschienen Vertreter von Münster, Emsdetten, Gronau, Dülmen, Warendorf, Darfeld, Vellert, Althaus, Rheine, Saltern, Espel, Bielefeld, Bielefeld, Greven, Saerbeck und Werne.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Münster (die die Einladung erteilt hatte), Regierungspräsident a. D. von Gieseler, eröffnete die Versammlung mit einer freundlichen Begrüßung der erschienenen. Er gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Bewegung der Kinderreichen mariniert und sprach die Hoffnung aus, daß er (als 84-jähriger) es noch erleben möge, daß der Ausbruch der Familienkassen (Einkassationsverfahren) eingeführt werde. Sodann gab der Vorsitzende des Provinzialverbandes Westfalen, Prof. Dr. Th. Th. Th., eine Uebersicht über die Entwicklung des Geburtenrückgangs einerseits und den Zusammenbruch der wenigen noch kinderreichen Familien andererseits in den bekanntesten Kulturstaaten.

Er versprach sich von der internationalen Fühlungnahme recht gute Erfolge.

Hierauf übernahm Generalsekretär Schröder die Leitung der Versammlung und wies zunächst in kurzen Worten auf die Entwicklung der Bewegung hin, die den bekannten Soziologen Dr. Vollsteit in Frankfurt am Main habe. Gewiß seien die Bedürfnisse unter den Wohlhabenden immer noch eine große Anzahl kinderreicher Familien und wenn in den bessergestellten Schichten die Zahl der Kinderreichen größer werde, so sei das nicht zum Nachteil der Bundesarbeit zu danken. Redner wies dann darauf hin, daß die höchsten Regierungstellen dem Bunde und seinen Beiträgen sehr wohlwollend gegenüberstünden. Aber die Regierung allein könne die Bedürfnisse des Bundes nach einer Schutzeinrichtung, die statt der Einzelperson die Familie in den Mittelpunkt stelle, nicht erfüllen. Dazu sei eine Auffassung des Volkes und insbesondere seiner Vertreter, der Abgeordneten, nötig. Zwar hätten Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und Kommunisten, also fast alle Richtungen, sich für die Eindämmung des Geburtenrückgangs und für besondere Rücksichtnahme auf die Kinderreichen ausgesprochen, aber die große Tat fehle noch immer. Wenn nicht bald etwas geschehe, daß sich eine kinderreiche Familie auch bei bescheidenem Einkommen des Vaters erhalten könne, dann, so sagte Redner unter starkem Beifall, sei das Schicksal unsterblicher Väterlandes bedroht.

Darauf berichteten die Vertreter einzelner Ortsgruppen über besondere Maßnahmen und Erfolge. Von Haverbeck wurde berichtet, daß die Ortsgruppe auf eigenes Risiko zwei (weltliche) Caritas-Schwestern unterhalte, die bei Bedarf in die Familien gingen und für die erkrankten oder abgewandten Familienmütter das Hauswesen in Schuß hielten. Das Amt gäbe zu den Kosten eine Beihilfe. Die Schwestern und die ganze Einrichtung wurden sehr gelobt. Ueber die von den Geschäftsleuten mancherorts gewährten Rabatte wurden verschiedene Erfahrungen mitgeteilt. Allgemein wurde das Entgegenkommen der Behörden im Münsterlande bei Gelegenheit der Muttertagfeier gelobt. Ueber Erholungsreisen kinderreicher Mütter, die durch eine Zuwendung des Bundeshauptmanns ermöglicht worden sind, konnte man sich kein einheitliches Bild machen. Lehrer Holkamp aus Bielefeld zeigte, wie man durch Betreuung der angestrandeten Familien eine Ortsgruppe zusammenhält. Es wurde auch nachgewiesen, daß viele von der Organisation eingeordnete Gesunde Erfolg gehabt und sich so der Unfähigkeit am Bund auch unmittelbar gefolgt habe.

Auf Anregung dieses Redners hin, machte Generalsekretär Schröder den Vorschlag, in diesem Jahre einen „Reichseiertag“ zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit nach einmal allseitig für die Einführung einer Elternschaftsversicherung Stimmung zu machen. Es wurde beschlossen, die Reichsbundleitung zu den nötigen Schritten zu veranlassen.

Als letzter Punkt stand auf der Tagesordnung die Vorbereitung zur Eröffnung einer Baugenossenschaft der Kinderreichen Westfalens. Zunächst gab der hiesige Vorsitzende, Vertrauensmann des Verbandes, Bericht über die Fortschritte, einen Uebersicht über die bisherigen Versuche, kinderreichen Familien ein Eigenheim zu verschaffen. Er konnte auf gute Erfolge an manchen Orten hinweisen. Sein Vortrag ließ aber auch die Schwierigkeiten erkennen, die zu überwinden sind. Vor allem hat es sich herausgestellt, daß sowohl die Behörden als auch die geliebten Baugenossen nicht nur in der Veranschlagung der Baugenossenschaft, sondern auch in der Ausführung der Baugenossenschaft, die der Baugenossenschaft, Generalsekretär Schröder entwickelte darauf das Programm einer solchen Baugenossenschaft. Stadtdirektor Bente sprach in fäugenden Ausführungen über die von ihm gemachten Erfahrungen mit der Stadterhaltung in Münster, die teils günstig, teils ungünstig für das Projekt der Baugenossenschaft waren. Ein Vertreter der Ortsgruppe Rheine wies auf die Schwierigkeiten hin, die von ortsanständigen Architekten gemacht werden, wenn „ein Fremder“ am Orte baut. Dagegen wurde bekanntgegeben, daß bei den Bauten der geplanten Genossenschaft die ortsanständigen Gewerbetreibenden nach Möglichkeit herangezogen werden sollten. Herr Bente wies noch auf die nach seiner Ansicht besonders leicht zu erreichenden Baugarten hin, die eine Lösung der Baugenossenschaft viel Arbeit und große Verantwortung im Gefolge haben werden. Es wurde beschlossen, den Plan der Baugenossenschaft zunächst im Verbandsschritt zu veröffentlichen und abzuwarten, wieviel Mitglieder sich darauf melden. Der Verbandstag im Herbst soll dann endgültig Stellung dazu nehmen.

## Reichstagung der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner.

Münster, 26. Februar.

Münster hatten sich die Lohnempfänger der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner als Tagungsort für die große Reichstagung am 23. und 24. Februar erwählt. Die Räume des kgl. Gefellensvereins waren für die einzelnen Gruppen besonders geeignet.

Am Samstagvormittag 10 Uhr wurde die Tagung durch den hiesigen Ortsvorsitzenden Hübner eröffnet. Nach herzlichen Worten der Begrüßung sprach der 2. Generalsekretär des Bundes, Wilhelm Berlin, über: „Die Reichsbahn und wir.“ Dieses Referat als Auftakt der Beratungen gab ihr Programm wieder und schloß alle die Deutsche Reichsbahn als Arbeitgeber und die Reichsbahnlohnempfänger berührenden Fragen. Einen breiten Raum in den Ausführungen nahm naturgemäß neben der Reichsbahnreparationsfrage die augenblickliche Lohn- und Tarifbewegung der Eisenbahnlohnempfänger ein. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage der Eisenbahnarbeiter mußte das gegenwärtige Lohnabkommen unter allen Umständen zum 31. März d. J. gekündigt werden; ein weiteres Abwarten aus tatsächlichen Gründen sei im Hinblick auf die vorhandene Not unmöglich.

Die Ausführungen des Redners wurden ergänzt durch die beiden Tarifunterhändler Klein und Walter. Berlin sowie den Führer des Bayerischen Eisenbahnerbundes Ewerling-München. Die dann einsetzende Aussprache war sehr lebhaft. In ihr waren die führenden Funktionäre der Gewerkschaft zu Wort.

Nach der Mittagspause verteilten sich die Delegierten zu den einzelnen Sektionsarbeiten, in denen die Vertreter der Reichsbahnlohnempfänger, der Bahnbetriebs- und Bahnbetriebsbeamten, der Oberbau- und Stationsarbeiter sowie die Güterboden- und Gepäckarbeiter je besonders ihre speziellen Standesfragen zu besprechen hatten. Das Ergebnis wurde in besonderen, einmütig angenommenen Entschließungen zusammengefaßt. Der Samstagabend vereinte die Delegierten im großen Saale des Gefellensvereins auf Einladung der Gauleitung Münster zu einem Begrüßungsabend.

Der Höhepunkt der Tagung war dann Sonntag, 24. Februar, die eigentliche Betriebsrätekonferenz. Vormittags 10 Uhr wiederum im großen Saale, der bis auf den letzten Platz besetzt war, sprach Herr Dr. Walz-Berlin (Mitglied des vord. Reichswirtschaftsrates) über: „Neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung und Hebung des Reallohnens.“ Der Vortragende, der wiederholt an Wirtschaftskonferenzen des Reiches im Auslande teilgenommen hat und ein hervorragender Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands ist, verstand es ausgezeichnet, die Zuhörer in Spannung zu halten.

Im Anschluß daran folgte ein sehr ausführliches Referat des hiesigen Mitglieds der Gewerkschaft, Schmitz-Berlin, der über „Die Bedeutung der Be-

beitsgerichtsbarkeit für die Praxis der Betriebsräte“ sprach. Der Vortragende ergänzte den an sich trockenen Stoff arbeitsrechtlicher Gelehrung durch viele Beispiele aus der Praxis und zwang ihn in eine Form, die den Delegierten ein abgerundetes Bild bot, wofür ihm, wie auch dem Vorredner lebhafter Beifall zuteil wurde.

Am Nachmittag wurden in der Aussprache kritische Fragen aus dem Tarifvertrag und der Betriebsrätekonferenz der Reichsbahn behandelt und von den Referenten zufriedenstellend beantwortet. Der zweite Wirtschaftsvortragende schloß abends im Schlußwort das Ergebnis der zweitägigen Reichskonferenz zusammen und betonte, daß in solchen Beratungen sehr wertvolles geleistet worden sei. Er hob insbesondere auch die Disziplin aller Teilnehmer hervor und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es im kommenden Jahre hoffentlich möglich sein werde, eine noch größere Teilnehmerzahl aus allen Gauen Deutschlands zusammenzuführen. Der Verbandsvorsitzende Hübner sprach zum Schluß Worte des Dankes aus gegenüber der Stadterhaltung, der Leitung des kgl. Gefellensvereins, der Gauleitung Münster, sowie allen, die zum guten Gelingen dieser Reichstagung beigetragen haben.

Münster, 26. Febr. Tagungsverbot. Der Regierungspräsident in Münster hat für den Regierungsbezirk Münster eine Polizeiverordnung zum Schutze des Wildes erlassen, durch die mit Rücksicht auf den durch die kalte Witterung hervorgerufenen Bestand des Wildes die Jagd während der Jagd auf Wild, einerseits als es nach der Jagdordnung jagbar ist oder nicht, bis zum 20. März 1929 verboten wird. Die Polizeiverordnung ist mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt worden.

Forten, 26. Febr. Gelegenheitshebelereien. Mit acht Vorstrafen trat der 40-jährige Inhabitor August S. vor das Schöffengericht in Münster. Im Mai 1928 war S. in Forten gewesen, und dort hatte sich ihm Gelegenheit zu neuen „Taten“ geboten. Das münsterliche Schöffengericht legte S. das Handwerk für acht Monate. Die Gelegenheitshebelerei wurde wegen eines vollendeten und zweier verübter Diebstähle ausgeprochen. Eine Strafe wegen Betruges ist damit erledigt und einbezogen. S. nahm das Urteil an.

Nordkirchen, 26. Febr. Mißbrauchtes Vertrauen. Als Werber für die Deutschnationale Volkspartei gab sich der Kleinde Heilz B. aus Büdinghausen im Hammer Bezirk aus. S. ludte Parteimitglieder in Nordkirchen und Herbern auf, die zum Wohle der Partei freiwillige Beiträge leisteten. Um die Gefährlichkeit anzupornen, änderte B. die Zeichnungen der ersten Mitglieber in höhere Beträge um, so z. B. 4 in 40 oder 5 in 50 Mark. Mit diesem Wandel hatte B. Erfolg. Anstatt aber die Beiträge an die Partei abzuliefern, lebte B. von den Einnahmen, bis die Partei dem Treiben des B. ein Ende machte. B. wurde zum Schöffengericht in Münster zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt; auf diese Strafe wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

## Westdeutscher Rundfunk.

Mittwoch, 27. Februar.

10.15—11.10 Uhr: Schallplattenmusik (Sefo- und Parlophon-Platten).

11.15—11.55 Uhr: Musikalischer Schulfunk für die Mittelschule höherer Lehrintakten. Leitung: Studienrat Dr. Wies; Ausführende: Grap (Klavier). Vorträge: Die Stimmen der Vögel im Walde der Musik 1. Gelang der Radikal (Schallplatte). 2. Der Ruckel, für Klavier — Claude Diquin. 3. Godelruse, für Klavier — J. H. Rameau. 4. Der Wachtelschlag, Lied für eine Singstimme mit

# Handel und Wirtschaft.

## Berliner Börse.

Berlin, 26. Febr. Auch die heutige Börse brachte entgegen den Erwartungen des Vormittagsverkehrs wieder meist schwächere Kurse. Das nach festem Beginn unregelmäßige New York, die wahrnehmbar teilweise Preisgabe des Transporthuges bei den Verhandlungen in Paris, die immer noch ausbleibende Entscheidung der Deutschen Volkspartei, Gerüchte von einer bevorstehenden Discontierung in Holland und nicht zuletzt Beschränkungen, daß heute noch Glatzstellungen am Kassamarkt zu Selbstbefriedigungen für den Zahlungserfolg könnten helfen von neuen Käufen zurück. Wieder lagen bei den Banken sehr wenig Ordres, und das Geschäft blieb daher still. Die Spekulation war auf sich angewiesen und wurde unsicher, als sie merkte, daß an einigen Märkten immer noch Ware herauskam. Gang war der heute hinzukommende Report bei den ersten Notierungen allerdings noch nicht verloren gegangen. Die fetteren Kurse des Vormittags behaupteten sich aber nicht. Ein Vergleich mit den getriggen Schlußkursen hat eben wegen dieses Reports keinen Zweck. Ausgesprochen schwach lagen Polypheon mit 348 nach 358 vormittags, auch Kaliwerte waren gedrückt (man sprach hier von Unterausparationen alter gegen junge Aktien). Chem. Heyden verloren 9% bei ziemlich starkem Angebot seitens einer Großbank im Markte wollte man von einer eventuellen Dividendenoffenheit wissen. Erwähnungswert ist außerdem noch ein 2-jähriger Rückgang bei Siegen-Sollingen. Charlottenburger Wälder waren heute exklusive Dividende notiert. Ein Fehlen der Limite trat heute weniger in Erscheinung, da bei den Banken sowie nichts zu tun war. Dies war auch der Hauptgrund für die auch im Verlauf ziemlich einheitlich auf allen Märkten eintretenden Kursrückgängen um weitere 1-2%. Sonst waren verloren anlässlich auf Auslandsabgaben 5% A. Interesse bestand dagegen auf die Dividendenentfaltung von un- verändert 10% für Hamburg-Süd, die im Verlaufe um weitere 2% anziehen konnten. Anleihen freundlich, im Verlaufe aber eher nachgeden. Wandbriege geschäftslos. Liquidationsanträge und Anteile eher angeboten. Devisen gelöst. Spanien schwandend, Yen leicht. Geld war weiter angepannt, Tagesgeld 6 1/2—8 1/2%, die übrigen Sätze blieben unverändert.

## Märkte.

### Berliner Schlachthofmarkt.

Berlin, 26. Febr. Auftrieb: Rinder 1833, darunter Ochsen 347, Bullen 621, Kühe und Färsen 805, Kälber 3029, Schafe 2865, Schweine 13. Zum Schlachthof direkt liefen letzten Viehmacht 2170, Auslandschweine 978. Bezahlt für 50 kg Lebendgewicht: Ochsen (Hollsteiner): a) 52—54, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kühe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Schafe (Hollsteiner): a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe (Hollsteiner): a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Kälber: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schafe: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Schweine: a) 51 bis 53, b) 48—49, c) 46—48; Färsen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Bullen: a) 51 bis 53, b) 48—50, c) 46—48; Ochsen: a

